

Abonnements:

Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Versandt an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:

"Volksstimme, Frankfurt/Main".

Telephon-Anschluß:

Ant. Hanja 7436, 7436, 7437.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittlich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden

Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschengraben 17.
Redaktionsbüro: Wehlitzstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 5715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., (Amst. in Frankfurt a. M.)

Nummer 39

Mittwoch den 16. Februar 1916

27. Jahrgang

Grabenkämpfe im Westen.

Zur Frage der Kriegsbesteuerung.

Von Wilhelm Reil, Mitglied des Reichstags.

Die wider Erwarten lange Dauer des Krieges hat auf allen Gebieten des Staatslebens zu Veränderungen geführt. Die keine Regierung und kein Gesetzgeber in Rechnung gestellt. Nicht zuletzt auf dem Gebiete des Finanz- und Steuerwesens. Wie die übrigen am Kriege beteiligten Staaten, so ist auch das Deutsche Reich genötigt, schon während des Krieges sich neue Einnahmen zu verschaffen. Es kann sich nicht darum handeln, etwa vom Beginn des nächsten Etatsjahres an den ganzen pro Monat auf etwa zwei Milliarden sich belaufenden Geldbedarf der Kriegsführung mit neuen Steuern aufzubringen und auf weitere Anleihenmittel völlig zu verzichten. Wohl aber muß zum mindesten der Zinsenbedarf für die bereits erhobenen Kriegsanleihen neben den ordentlichen Ausgaben des Reiches durch Steuereinnahmen gedeckt werden. Schon die für diesen Zweck erforderlichen neuen Einnahmen erreichen eine so ungeheuerliche Höhe, daß alle Schichten des Volkes mit wachsendem Bangen den immer noch in geheimnisvolles Dunkel gehüllten Vorschlägen des Reichsschatzsekretärs entgegensehen. Da die Zeit, die zur Ausarbeitung eines großen, wenn auch nur für die Kriegszeit berechneten vorläufigen Steuerplanes erforderlich war, ungenützt geblieben ist, muß man damit rechnen, daß das Volk wiederum mit einem Bündel der verschiedenartigsten Steuern, dem es am organischen Zusammenhang und Aufbau fehlt, überhäuft wird. Nach den bisherigen Andeutungen stehen Steuerentwürfe in Aussicht, die in weiten Volkskreisen auf heftigen Widerstand stoßen werden. Darüber wird gründlich zu reden sein, wenn die Vorschläge an die Öffentlichkeit gelangen. Wenn aber schon einmal auf das alte verfehlte Verfahren zurückgegriffen wird, neue Einnahmen aus allen Ecken und Winkeln zusammenzufahren, so sollte der Reichsschatzsekretär nicht an einem Steuerobjekt vorbeigehen, dessen Belastung im ganzen Volke als durchaus gerecht angesehen wird.

Bei den wiederholten Reichstagsdebatten über die Kriegsbesoldungsordnung herrschte Einmütigkeit darüber, daß die Kriegsbesoldungen der Offiziere und Beamten des Heeres und der Marine im allgemeinen für eine lange Kriegsdauer zu hoch bemessen sind. Dieser Meinung ist auch der Senatspräsident Dr. G. Strug, der in der "Deutschen Juristenzeitung" sagt, man könne, ohne die Kriegsbesoldungsordnung genau zu kennen, behaupten, "daß diese Bezüge, wenn auch vielleicht nicht ausnahmslos, erheblich über das bei langer Kriegsdauer für die Finanzen, d. h. die Steuerzahler, erträgliche Maß hinausgehen". Sehr zutreffend legt Dr. Strug weiter dar, daß die Gefahren und zeitweisen Entbehrungen im Felde nicht mit dem Dienstparade des Offiziers steigen, sondern sich nach der Verwendung des einzelnen richten. Nun hat aber die Regierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie an eine unter Mitwirkung des Reichstags vorzunehmende Revision der Kriegsbesoldungsordnung während der Kriegszeit nicht veranlassen will. Diese ablehnende Haltung der Regierung zwingt dazu, eine andere Frage aufzuwerfen, die man während des Krieges ruhen lassen könnte, wenn eben die Kriegsbesoldungen der Offiziere und Militärbeamten mit dem Volksempfinden im Einklang ständen.

Die Kriegsbesoldungen der Offiziere und Militärbeamten sind nicht nur zu hoch, sie genießen auf Grund des Reichsmilitärgesetzes in der Kriegszeit auch dieselbe volle Steuerfreiheit, die den Militäreinkommen der Personen des Unteroffizier- und Gemeindefunkten im Frieden wie im Kriege zugebilligt ist. Daß das niedrig bemessene Militäreinkommen der Unteroffiziere und Mannschaften im Kriege nicht der Steuerpflicht unterworfen werden kann, wenn es selbst im Frieden von den einzelstaatlichen Einkommensteuern befreit bleibt, bedarf keiner weiteren Begründung. Für die Steuerfreiheit der Kriegsbezüge der Offiziere und Beamten aber liegt bei einer mehrjährigen Kriegsdauer wirklich kein Grund vor. Oder will man etwa behaupten, daß soziale Rücksichten die Steuerfreiheit des Gehalts eines kommandierenden Generals erfordern, der schon im Frieden ohne die sehr stattlichen Nebenbezüge, wie freie Dienstwohnung u. dgl. 30 000 Mark, im Kriege aber viel mehr beträgt? Auch Strug spricht offen aus, daß die Steuerfreiheit des Militäreinkommens "viel zu weit" geht. Widersteht sich die Regierung der Revision der Kriegsbesoldungsordnung, so wird sie wenigstens zu einer Aufhebung der Steuerfreiheit des Militäreinkommens der Offiziere und Militärbeamten die Hand bieten müssen. Nicht nur das soziale Empfinden der breiten Massen der Steuerzahler spricht dafür, auch der finanzielle Effekt ist nicht ganz zu verachten. Nach einer flüchtigen Schätzung beträgt der Besoldungsaufwand für die Offiziere und Beamten des Heeres und der Marine in einem Kriegsjahr nahezu eine Milliarde. Da ein sehr beträchtlicher Teil der in Frage kommenden Personen neben dem Militäreinkommen noch ein

ansehnliches Einkommen aus Vermögen bezieht, würde die Zusammenrechnung dieses Einkommens mit dem Militäreinkommen bewirken, daß nicht ganz selten der höchste Steuerfuß der Einkommensteuern, der in Preußen (ohne die Zuschläge) 4 Prozent beträgt, in anderen Bundesstaaten bis zu 5 Prozent steigt, zur Erhebung gelangen müßte. Bei der großen Mehrzahl der weniger wohlhabenden Offiziere und Beamten würde der Steuerfuß allerdings ein niedrigerer sein. Man macht sich aber seiner Ueberschätzung schuldig, wenn man mit einer Durchschnittsbesteuerung von 3 Prozent rechnet. Danach wäre aus einem Besoldungsaufwand von einer Milliarde ein Steuerertrag von 30 Millionen Mark zu gewinnen, der durch besondere Rücksichtnahme auf einzelne schonungsbedürftige Fälle sich nicht stark ermäßigen würde. Wenn es eine Steuer gibt, die vom Gesichtspunkte der steuerlichen Gerechtigkeit aus zu verantworten ist, so diese. Ihren Befehl mußte die Steuer selbstverständlich dem Reiche zufließen, wenn auch sie bei dem Mangel einer Reichseinkommensteuer von den Bundesstaaten im Rahmen der ordentlichen Einkommensteuererhebung eingezogen werden müßte. Der Reichsschatzsekretär möge nicht einwenden, daß man um eines Ertrages von 25-30 Millionen willen sich die "Schwierigkeiten" dieser wirklich einfach durchzuführenden Änderung der Steuerabgabe nicht anferlegen solle. Es wird sich bei der bevorstehenden Etatsberatung an mehr als einer Stelle zeigen, wie willkommen "in Steuerertrag von 30 Millionen Mark ist, durch den niemand eine ungerechte Last aufgebürdet wird."

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 15. Febr. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südöstlich von Apery nahmen unsere Truppen nach ausgiebiger Vorbereitung durch Artillerie- und Minenwerferfeuer etwa 800 Meter der englischen Stellungen. Ein großer Teil der feindlichen Grabenbesatzung fiel, ein Offizier, einige Tausend Leute wurden gefangen genommen.

An der Straße Lens-Béthune besetzten wir nach erfolgreicher Sprengung den Trichterrand, der Gegner setzt die Verteidigung von Lens und seiner Vororte fort.

Südlich der Somme schlossen sich an vergebliche französische Panzergrenadierangriffe heftige, bis in die Nacht andauernde Artilleriekämpfe an.

Nordwestlich von Reims blieben französische Gasangriffversuche wirkungslos.

In der Champagne erfolgte nach starker Feuertorbereitung ein schwächlicher Angriff gegen unsere neue Stellung nordwestlich von Tauxere. Er wurde leicht abgewiesen.

Ostlich der Maas lebhaftes Feuer gegen unsere Front zwischen Flabas und Ornes.

Ein nächtlicher Gegenangriff der Franzosen ist vor der ihnen entziffenen Stellung bei Obersept gescheitert.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

An der Front der Armee des Generals Grafen von Bothmer fanden lebhaftes Artilleriekämpfe statt. Bei Grobla (am Seret nordwestlich von Tarnopol) schoß ein deutscher Kampfflieger ein russisches Flugzeug ab; Führer und Beobachter sind tot.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 15. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird bekannt: 15. Februar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

In Ostgalizien erhöhte Kampftätigkeit feindlicher Flieger ohne Erfolg. Nordwestlich von Tarnopol wurde ein russisches Flugzeug durch einen deutschen Kampfflieger zum Absturz gebracht; Insassen sind tot.

Inserate:

Die 6. Spalte Zeitungsblätter 15 Bg., bei Wiederholung Rabatt nach Tarif. Inserate für die 5. Spalte Nummer müssen bis abends 8 Uhr in der Expedition Wiesbaden aufgegeben sein. Schluß der Inseratenaufnahme in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei, G. m. b. H.,
Frankfurt a. M.
(nicht "Volksstimme" adressieren!)

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Kärntner Front beschoß die feindliche Artillerie gestern unsere Stellungen beiderseits des Eisera- und Seebach-Tales (westlich Raib). Im Mitternacht eröffnete sie ein heftiges Feuer gegen die Front zwischen dem Jella-Tal und dem Wisch-Berg.

Bei Fliß griffen die Italiener abends unsere neue Stellung im Kombon-Gebiete an; sie wurden unter großen Verlusten abgewiesen. Die heftigen Gefechtskämpfe an der südtirolischen Front dauern fort.

Gestern früh besetzte eines unserer Flugzeuge schwader, bestehend aus 11 Flugzeugen, den Bahnhof und Fabrikanlagen in Mailand mit Bomben. Mächtige Rauchentwicklung wurde beobachtet. Ungehindert durch Geschützfeuer und Abwehrflüge des Feindes bewirkten die Beobachtungsoffiziere planmäßig den Bombenabwurf. Der Luftkampf wurde durchweg zu unseren Gunsten entschieden. Die feindlichen Flieger räumten das Feld. Außerdem besetzten mehrere Flugzeuge eine Fabrik von Schio mit sichtlichem Erfolge mit Bomben. Alle Flugzeuge kehrten wohlbehalten zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Vom See- und Handelskrieg.

Die Bewaffnung der Handelschiffe.

London, 15. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Der Korrespondent der "Times" meldet aus Washington, das Staatsdepartement sei nichtamtlich von England und Italien benachrichtigt worden, daß die Weigerung, das Recht auf die Bewaffnung von Handelschiffen anzuerkennen, als ein peinlich überraschender Akt betrachtet werden würde. Das Staatsdepartement habe noch keine Entscheidung getroffen.

Amsterdam, 15. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Wie ein hiesiges Blatt meldet, berichtet die "Times" aus Washington, daß das Kabinett heute über die deutsche Denkschrift über bewaffnete Handelschiffe beraten werde.

Verlust eines französischen Kreuzers.

Paris, 15. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Der Verlust des Kreuzers "Admiral Charner" bestätigt sich. Man entdeckte in der Nähe der syrischen Küste ein Floß mit 15 Matrosen, von denen nur einer lebte. Dieser erzählte, daß die Torpedierung am 8. Februar 7 Uhr vormittags stattfand, und daß der Kreuzer in wenigen Minuten sank, ohne Boote aussteigen zu können.

Kein deutscher Schiffsverlust.

Berlin, 15. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) In den letzten Tagen wurden wiederholt in der fremden Presse (Quelle: Reuters) Nachrichten über den Untergang eines großen deutschen Kriegsschiffes im Kattegat verbreitet. Hierzu wird uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß alle derartigen Nachrichten auf völlig freier Erfindung beruhen.

Englands Seeherrschaft.

Amsterdam, 15. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Wie unser Korrespondent von gut unterrichteter Seite erfährt, hatte das Wiederankommen bewaffneter deutscher Fahrzeuge auf dem Atlantischen Ozean und vor allem die Ereignisse mit der "Abkom" zur Folge, daß der Postdampfer der Union Castle Line von und nach Südafrika aus Gründen der Sicherheit, anstatt die gewöhnliche Route zu nehmen, einen weiten Umweg macht. Die Reise von und nach Kapstadt mit diesen Dampfern nimmt jetzt sechs Wochen in Anspruch.

Der Handel nach dem Kriege.

London, 15. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Die Handelskammern des vereinigten Königreichs haben den 23. Februar und die folgenden Tage zu einer Konferenz bestimmt, der Mac Kenna und Bonar Law beizuwohnen werden. Es soll dabei über den Handel nach dem Kriege beraten werden. Zugewiesen sind von den verschiedenen Handelskammern ungefähr 70 Resolutionen eingebracht. In einer wird gesagt, der Krieg zeige, daß die Stärke und Sicherheit der Nation in Zeiten der Gefahr in der Tätigkeit liegt, alles Nötige in den Fabriken, die auf heimatischem Boden stehen, zu produzieren. Eine andere schlägt vor, die Regierung solle sofort Schritte tun, um ein Ministerium für Handel und Industrie mit dem Handelsminister an der Spitze zu schaffen, der dem Kabinett angehört. In einer anderen Resolution wird ein Handelsbündnis gegen die jetzigen Feinde vorgeschlagen und angekündigt, daß die Handelskammern, falls die Regierung nicht

darauf eingehe, selbst Vertreter der verbündeten und britischen Dominions einladen sollen, um über den Gegenstand zu beraten. Vierzehn Resolutionen fordern die Regierung auf, die Frage der gegenseitigen Bevorzugung aller Teile des britischen Reiches und von auf Gegenseitigkeit beruhenden Handelsbeziehungen zwischen dem britischen Reich und den alliierten Ländern, ferner die vorzugswürdige Behandlung der neutralen Länder sowie eine Regelung der Zölle und Handelsbeziehungen im Verkehr mit den feindlichen Ländern in Erwägung zu ziehen. Weiter fordern sie die Regierung auf, Schritte zu tun, um eine Rückkehr zu den vor dem Kriege herrschenden Verhältnissen unmöglich zu machen. Die Handelskommission von Manchester, einer Stadt, die bisher als eine Stützpunkt des Freihandels galt, hat gestern den Antrag der Direktoren, das die Freihandelspolitik nach dem Kriege fortgesetzt werde und daß alle Verträge, ein Schutzsystem einzuführen, zurückgewiesen werden sollten, verworfen. Alle Redner betonten, daß es notwendig sei, Schritte zu tun, um den deutschen Handel nach dem Kriege auszuschließen oder einzuschränken.

Wellington (Neuseeland), 15. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuters Bureau. Der Premierminister von Neuseeland erklärte einer Abordnung der Handelskammer, daß Schritte dagegen gehen würden, daß feindliche Waren über neutrale Länder Neuseeland erreichen. Außerdem sei ein Einfuhrzoll von 50 Prozent für deutsche Waren nach dem Kriege vorgesehen. Der Finanzminister erklärte einer Abordnung, die Regierung würde vor nichts zurückschrecken, um den deutschen Handel mit Neuseeland zu unterbinden.

England als Rechtsfreund.

Die Wiedereröffnung des englischen Parlaments erfolgte mit einer Thronrede, in der es heißt: „Meine Mitrieten und mein Volk, die in diesem Konflikt mit immer stärker werdenden Banden der Sympathie und des Einverständnisses sich vereinigen, bleiben fest entschlossen, Genugtuung für die Opfer unproduktiven und nicht zu rechtfertigenden Verbrechens und wirksamere Garantien für alle Nationen gegen einen Überfall seitens einer Macht zu erhalten, die fälschlich die Gewalt als ein Recht der Zweckmäßigkeit und als Ehre betrachtet.“

Garmloser Asquith, der so England als unbeflecklichen Rechtsfreund und Feind jeder Gewalt hinstellt. Freilich wird kein einziger Engländer dabei ein Rächeln unterdrücken können. Daß England selbst je und je das getan hat, was es Deutschland nachsagt, darüber hat die unabhängige Arbeiterpartei kürzlich eine Reihe Dokumente zusammengestellt, in Form einer Broschüre, die allerdings konfiszieren wurde. Wir zitieren daraus Aussprüche von anerkannten Vertretern des britischen Volkes.

Oberst Koss: „Nacht ist an die Stelle des Rechts getreten. Sollte sich die Zerstörung von Dörfern und Landbesitz nicht als ausreichend erweisen (als Strafe für Zerstörung von Eisenbahnen und Telegraphenlinien), so müssen ganze Städte zerstört und die Einwohner gehängt werden. Auf alle Fälle aber muß die Unterwerfung des Feindes erreicht werden. . . (Man muß) einen wirksamen Nachschubdienst in dem Gebiet des Gegners, und wenn nötig, in neutralen Ländern einrichten, der nicht nur gute Nachrichten beschaffen, sondern auch falsche Nachrichten verbreiten, Verführung und Spion in den Reihen des Gegners herbeiführen und den Gegner bei der ganzen gesitteten Welt in Mißachtung bringen soll.“

Major Stuart Murray: „Was Verträge anbelangt, so soll man sich darauf nicht verlassen. Sie sind nur so lange als bindend anzusehen, wie die beiderseitigen Interessen der vertragsschließenden Parteien dieselben bleiben und so lange wie zu ihrer Durchführung genügend Macht vorhanden ist. . . Stellen wir doch gleich einmal alles Gerede, daß das Völkerrecht irgend einen Schutz bedeute, als lächerliche Besessenheit. Völkerrecht gibt es nicht, denn was man fälschlich so nennt, ist bloß internationaler Brauch, und ein Volk, das mächtig genug ist, kann jederzeit einen neuen Brauch hinzufügen. Wir Engländer selbst haben uns am meisten von allen Völkern des Bundes internationaler Abkommen schuldig gemacht. Wir haben oft unsere Seemacht ausgenutzt, um andere Völker überaus anzugreifen.“

Der bekannte Militärhistoriker Dr. Müller Maguire hat wohl das letzte Wort in militärischem Bonismus gesprochen: „Den Besiegten im Kriege gebietet das Recht, daß man sie in die Knechtschaft zwingen, um den Krieg zu beenden. Es muß die Ausgebombten

tägliche und ständige Anstrengungen kosten, um sich die bürgerliche Nahrung zum Lebensunterhalt zu beschaffen.“

Das genügt. Die Thronrede ist Cant, echt englische Grundfeste. Sie folgt dem Satz von Oberst Koss, der oben abgedruckt ist. Sie will den Gegner bei der ganzen gesitteten Welt in Mißachtung bringen. Aber die ganze gesittete Welt weiß allmählich, woran sie ist.

Belgische Annerionspropaganda.

Dem „A. Rotterdamischen Courant“ wird aus Havre einiges aus dem Inhalt einer belgischen Propagandaschrift mitgeteilt. Die Schrift trägt den Titel „Vaterländische Lehre. Kleiner nationaler Katechismus“. Aus den Fragen und Antworten dieses Katechismus gibt der Korrespondent folgende wieder:

„Welche Landestelle mußten wir 1839 abgeben?“
Die Hälfte von Limburg und Luxemburg mit 400 000 Belgiern, die 1839 (beim Roseneis von Nord-Niederland) mit uns gekämpft hatten und die seit jeder unsere Stamm- und Landgenossen waren.

„Welche Vändereien wurden uns 1815-1816 gestohlen?“
Weichen nahm außer dem linken Rheinufer gegen Recht und Gerechtigkeit die belgischen Kantone von Redersdunten, Hertogenrade, Neau (Lupen), Kalmiedu, Scheldun, Kronenburg, Saint Wil, Neuerborg, Krieweld, Witborg, Dabellborg, einen Teil des Kantons Avel und zahlreiche belgische Dörfer am linken Ufer der Oer und der Sure und auf dem rechten Ufer der Mosel.

„Wuß Belgien sich nicht weiter nach dem Osten bis zum Rhein ausdehnen?“
Das ist unbedingt notwendig für unsere Unabhängigkeit und unsere Ruhe; aber einzeln von uns haben Bedenken gegen die Einverleibung einer beinahe ganz verdeutschten Bevölkerung.

„Warum muß unsere Macht sich bis zum Rhein ausdehnen?“
Weil wir nicht zulassen können, daß Deutschland sich zu nahe am Herzen unseres Landes befindet; weil Rhein- und Moselland den Barbaren entzogen und völlig unserer kriegerischen und ökonomischen Macht unterworfen werden müssen; weil nur so Belgien seine internationale Mission erfüllen kann.

„Warum sind die Bedenken gegen die Einverleibung des Rheinlands unbegründet?“
Weil niemand daran denkt, die jetzt ganz verdeutschte Bevölkerung zu behandeln, als seien sie Belgier. Und weil es vollauf genügt und leicht ist, die Macht über Land und Industrie zu haben, ohne irgendwelche Gefahr für Sprache und Sitten der benachbarten belgischen Streden gegen zu brauchen.

„Welches ist die internationale Mission Belgiens?“
Die Sicherung der zwei streitenden Mächte Europas durch einen harten Damm. Dieser Damm, der notwendigerweise gegen Deutschland gerichtet sein muß, sichert und verstärkt die Ruhe Belgiens und Europas.

„Widersteht unser Wunsch auf Vergrößerung nicht unserem 1914 aufgestellten Grundgesetz uneingeschränkter Verteidigung?“
Ganz gewiß nicht! Wir greifen zu den Waffen, ohne etwas zu fordern oder zu wünschen. Einzig für Ehre und Pflicht. Aber wir dürfen unsere Waffen nicht schleichen vor der offensichtlichen Notwendigkeit unserer Verteidigung gegen neue Angriffe. Würde es recht und billig sein, daß wir nach dem Siege bei der Auslieferung des Anspruchs auf das Gutmachen früher erlittenen Unrechts, auf die Befreiung unserer Stammgenossen, — vergessen werden? In Belgien nicht möglich, ein großes Land zu werden, ist die Erlösung der 1815 bis 1839 verlorenen Länder nicht eine Pflicht, wenn der Heldennut unserer tapferen Streiter es ermöglicht? Sollten wir gestrichen und gelitten haben für nichts?

Der hier entwickelte Gedankenstrom spricht deutlicher aus, was Banderbelle neulich dem „Volk“-Redakteur gegenüber im Haag über Annerionsfragen veranlaßt hat. Da sagte er u. a.: „Stellen Sie sich vor, daß wir die Deutschen bis über den Rhein (1) zurückgeworfen hätten. Dann wäre es unsere Aufgabe gewesen, uns gegen die Parteien in unserem Lande zu wenden, die eine Angriffs- und Annerionspolitik — gleichviel in welcher Form — hätten führen wollen. Ebenso entschieden, wie ich jetzt für die Befreiung meines Landes eintrete, würde ich dann gegen die Annerionspolitik eintreten.“

Die Nichtakzeptanz der Wiedergabe dieser seiner Worte hat Banderbelle dem „Volk“ öffentlich bestätigt. Daraus ist also nichts zu denken. Nach dieser für die Öffentlichkeit bestimmten Worten hängt bei Banderbelle die Annerionspolitik — von Belgien aus gesehen — erst jenseits des Rheins an!

Fransösisches Kriegsfinanzen.

Paris, 15. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Finanzminister Ribot legte der Kammer einen Gesetzentwurf betreffend die provisorischen Kredite für das zweite Drittel für 1916 vor. Die für den allgemeinen Staatshaushalt angeforderten Kredite belaufen sich auf sieben Milliarden 818 Millionen Francs, wovon sechs Milliarden 333 Millionen für die Kriegsausgaben bestimmt sind. Die diese gegenständlichen Folgen der Franzosenherrschaft vergaßen sich am Rhein nicht so leicht, und mit Unmut, wie unter das Joch einer Fremdherrschaft, beugte man sich hier nach 1815 unter die Abhängigkeit von Berlin. Frankreich als das eigentliche Vaterland mit der Seele suchend: „Kein Mensch ist mehr hier“, berichtete in jenen Tagen ein Kapierungsmann aus Koblenz dem Staatskanzler. Der nicht Gott auf den Knien danken würde, wenn das Land wieder unter französischer Botmäßigkeit stünde. Gerade die Begeisterung für Napoleon, die in einem der ersten Gedichte Heines, der Ballade von den zwei Grenadieren, ihre freudigen Klagen losbrannte, flammte in den Herzen aller Rheinländer, und darüber hinaus folgten, angewidert von der Totenstarre unter dem Leidensdruck des vormärzlichen Absolutismus, die freieren Geister in ganz Deutschland mit derselben Spannung, wie Heine den Verhandlungen der französischen Kammer, in der achtzehntes und neunzehntes Jahrhundert, Restauration und Revolution miteinander stritten. Sein beauftragter Rubel über den Sieg der Julirevolution drang ebenso stürmisch aus der Brust aller Widerfächer der herrschenden Zustände in ganz Europa, und als der Dichter, unüberwindlich angezogen von der „großen Woche“ im Jahre 1831, für immer seinen Wohnsitz in Paris aufschlug, fand er, aus der Nähe betrachtet, viele Dinge zwar minder erbaulich, als sie in der Ferne erschienen, aber er liebte Frankreich nach wie vor als die „rote Erde der Freiheit“, wo nach einem niedergeschlagenen Aufbruch unter dem Standrecht mehr Freiheit herrschte, als innerhalb der deutschen Grenzen zu ruhiger Zeit, und suchte sich, trotz häufiger Anfälle von Seimweh, in dem politisch und gesellschaftlich so regen Leben des ewig bewegten Landes über die Wogen wohl.

Aber nicht nur seine unermessliche Neigung zu Frankreich hieß ihn die Hand der Deutschen und Franzosen brüderlich ineinander legen, sondern ebenso sehr seine Liebe zu Deutschland, und da die Saint-Simonisten zu diesem Ende die Völkerverbrüderung und den Weltfrieden auf ihr Banner schrieben und in ihrer erträumten Welt Deutschland die Rolle des Kopfes und Frankreich die des Herzens zuwieseln, schenkte ihm, auch aus diesem Gesichtswinkel gesehen, das Einverständnis zwischen Deutschen und Franzosen das erstrebenswertere der Ziele, denn die Drohnen bedienten sich hüben wie drüben des Nationalhasses, um Volk wider Volk zu hegen und sich so den gerechten Ansprüchen der Arbeitstienen zu entziehen.

Mit solcher Leidenschaft jedoch wie Heinrich Heine ist kein anderer Demokrat und kein anderer Saint-Simonist für die deutsch-französische Verständigung ins Feuer gegangen, ungeachtet der Schmähungen, die reichlich auf ihn niederkamen. In der romantischen Schule und in den Darlegungen zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland mühte er sich, den Franzosen Gottesgnadenhaftigkeit und Weltweisheit der Deutschen nahezubringen, wie er umgekehrt in

dem Entwurf beigelegte Begründung stellt einen Vergleich zwischen der Lage des Schahes zwischen dem 31. Dezember 1914 und 31. Dezember 1915 an. Der Betrag der Vorschüsse der Bank von Frankreich hat sich dank des Erfolges der Anleihe und der Vereinfachung des Landes, dem Schah einen großen Teil seiner Ersparnisse zuzuführen, nur um 1 175 000 000 Francs erhöht. Der Betrag der in Umlauf befindlichen Bonds der nationalen Verteidigung ist um 5 674 584 000 Francs gewachsen. Dieser Status unseres Schahes zeigt, so heißt es weiter, daß wir von einer Erschöpfung unserer Reserven weit entfernt sind.

Von der Westfront.

Wie die deutschen, so lassen die französischen Tagesberichte das Wachsen der Kampfaktivität erkennen. Der französische Bericht vom Montag am Abend meldet keine Veränderung, der vom Mittwoch sagte, östlich von Sept hätten die Deutschen ungefähr 200 Meter Schützengräben genommen, ein Gegenangriff habe jedoch den Franzosen den größten Teil des Geländes zurückgebracht. Die wichtigste Berichtsstelle lautet: „Trotz der Sonne gestattete uns gestern am Schluß des Tages ein von unseren Truppen gegen die deutschen Werke südlich von Fresse unternommener Angriff, einige Teile der Schützengräben zu besetzen. Ein feindlicher Gegenangriff wurde durch unser Feuer niedergeworfen. Eine deutsche Kompanie wurde umzingelt und zerstört. Ein Hauptmann und sieben Ueberlebende ergaben sich. Die Gesamtzahl der gegenwärtig in unserer Macht befindlichen Gefangenen beträgt etwa 100. Auch mehrere Maschinengewehre blieben in unseren Händen. Nach Aussage der Gefangenen und nach der Zahl der auf dem Schlachtfeld liegenden gebliebenen deutschen Leichname, sind die feindlichen Verluste beträchtlich.“

Am ganzen Lärm der Berichte der Fronten erkennen, daß seit Wiederaufnahme der Angriffe die Deutschen die größeren Erfolge erzielen. Aber immer handelt es sich nur um kleine Verbesserungen der Front.

Verunglimpfung deutscher Soldaten.

Berlin, 15. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Ein Abdruck folgenden französischen Befehls wurde bei den Kurieren südlich der Somme erbeutet. Es kann also nicht daran gezweifelt werden, daß er tatsächlich erlassen wurde.

6. Armee, Generalstab, 2. Bureau.
Armeehauptquartier, 2. Juni 1915.
Allgemeiner Befehl Nr. 153.

Abteilung.
Mit Entrüstung hat der Armeeführer erfahren, daß an einem Punkte der Front Unterhaltungen und manchmal sogar Austausch von Schandbrieffen mit Deutschen stattgefunden haben.

Es fragt sich, ob es überhaupt möglich ist, daß ein Franzose so tief sinkt, um einem von diesen Vandalen die Hände zu brühen, die überall Brand und Zerstörung verbreiten, die Frauen, Kinder und Greise mordeten, die verährten Weise unsere Gefangenen töten, indem sie ihnen ins Kreuz schlagen, die unsere Verwundeten zu Tode quälen.

Der Armeeführer befiehlt deshalb: 1. Jeder, der sich in eine Unterhaltung mit Deutschen einläßt, kommt vor ein Kriegsgericht, weil er Verbindungen mit dem Feinde angeknüpft hat.

2. Jeder Unteroffizier und Korporal, der aus Mangel an Achtsamkeit innerhalb seines Befehlsbereiches solche pflichtwidrige Handlung geduldet hat, ist zu degradieren.

3. Jeder Offizier, der aus solcher schamloser Handlung erniedrigt, hat die allerhöchsten Strafen zu gewärtigen.

Unterschrift: General Dubois.

Für die Richtigkeit der Abschrift: Der Chef des Generalstabes: gez. Brequard, III h ehe, C. A., E. M. II o Bureau Nr. 237. —

General Dubois erniedrigt sich mit diesem Befehl zu der Tonart der übelsten Pariser Fechtblätter. Man kann dieser Verunglimpfung der deutschen Soldaten nichts hinzufügen, man kann sie nur veröffentlichen, um den hohen französischen Offizier an den Pranger zu stellen.

Das Mailänder Giegerbombardement.

Nach den letzten Nachrichten haben die österreichisch-ungarischen Luftbomben 12 Personen getötet und 40 verwundet. Hauptächlich wurden die Bahnhöfe beworfen. Italienische Blätter schäumen vor Zorn. „Corriere della Sera“ spricht von Österreichs Vorliebe für die Tötung un-

Seuileton.

Heinrich Heine und die deutsch-französische Verständigung.

Zu seinem sechzigsten Todestage.

Von zwei Menschenstern, am 17. Februar 1836, starb in seiner „Matrahengruft“ zu Paris Heinrich Heine. In seinem letzten Willen, den er fünf Jahre zuvor unter Beachtung aller gesetzlichen Vorschriften zu Papier gebracht, fanden sich die folgenden Sätze: „Es war die große Aufgabe meines Lebens, an dem herzlichen Einverständnis zwischen Deutschland und Frankreich zu arbeiten und die Ränke der Feinde der Demokratie zu vereiteln, die die internationalen Vorurteile und Voreingenommenheiten zu ihrem Nutzen ausbeuten. Ich glaube mich sowohl um meine Landsleute wie um die Franzosen wohlverdient gemacht zu haben, und die Ansprüche, die ich auf ihren Dank besitze, sind ohne Zweifel das wertvollste Vermächtnis, das ich meiner Universalien zuwenden kann.“

In der Tat bildete die Wirklichkeit für die deutsch-französische Verständigung insofern den Grundklang von des Dichters Schaffen, als er auf jeder Entwicklungsstufe seines Lebens dem unwandelbaren Glauben an die notwendige Verbrüderung der beiden „außerwählten Völker der Humanität“ treu blieb. Zu dieser seiner erhabenen Sendung riefen die Stimmen des Blutes den rheinischen Juden auf; hatten doch in seiner niederrheinischen Heimat die Franzosen im Sturm alle Herzen erobert, als sie in den Jahren, in die Heines Geburt fiel, als Träger der bürgerlichen Revolution diese gewalttätigen und darum bürgerlich gesinneten Götze in Besitz nahmen. Denn wo die Geere der Franzosenrepublik erschienen, hörten Feudalismus und jedwede Form von Hörigkeit auf, fielen alle Vorrechte des Adels, kam bürgerliches Recht zur Geltung, waltete eine von der Verwaltung losgelöste Gerichtsbarkeit unter Mitwirkung des Laienlements und ohne Ansehung des Standes ihres Amtes, und traten nicht zuletzt die Juden aus dem dunklen Dunkel des Götzes in das helle Licht der bürgerlichen Gleichberechtigung. All

diese gegenständlichen Folgen der Franzosenherrschaft vergaßen sich am Rhein nicht so leicht, und mit Unmut, wie unter das Joch einer Fremdherrschaft, beugte man sich hier nach 1815 unter die Abhängigkeit von Berlin. Frankreich als das eigentliche Vaterland mit der Seele suchend: „Kein Mensch ist mehr hier“, berichtete in jenen Tagen ein Kapierungsmann aus Koblenz dem Staatskanzler. Der nicht Gott auf den Knien danken würde, wenn das Land wieder unter französischer Botmäßigkeit stünde. Gerade die Begeisterung für Napoleon, die in einem der ersten Gedichte Heines, der Ballade von den zwei Grenadieren, ihre freudigen Klagen losbrannte, flammte in den Herzen aller Rheinländer, und darüber hinaus folgten, angewidert von der Totenstarre unter dem Leidensdruck des vormärzlichen Absolutismus, die freieren Geister in ganz Deutschland mit derselben Spannung, wie Heine den Verhandlungen der französischen Kammer, in der achtzehntes und neunzehntes Jahrhundert, Restauration und Revolution miteinander stritten. Sein beauftragter Rubel über den Sieg der Julirevolution drang ebenso stürmisch aus der Brust aller Widerfächer der herrschenden Zustände in ganz Europa, und als der Dichter, unüberwindlich angezogen von der „großen Woche“ im Jahre 1831, für immer seinen Wohnsitz in Paris aufschlug, fand er, aus der Nähe betrachtet, viele Dinge zwar minder erbaulich, als sie in der Ferne erschienen, aber er liebte Frankreich nach wie vor als die „rote Erde der Freiheit“, wo nach einem niedergeschlagenen Aufbruch unter dem Standrecht mehr Freiheit herrschte, als innerhalb der deutschen Grenzen zu ruhiger Zeit, und suchte sich, trotz häufiger Anfälle von Seimweh, in dem politisch und gesellschaftlich so regen Leben des ewig bewegten Landes über die Wogen wohl.

Aber nicht nur seine unermessliche Neigung zu Frankreich hieß ihn die Hand der Deutschen und Franzosen brüderlich ineinander legen, sondern ebenso sehr seine Liebe zu Deutschland, und da die Saint-Simonisten zu diesem Ende die Völkerverbrüderung und den Weltfrieden auf ihr Banner schrieben und in ihrer erträumten Welt Deutschland die Rolle des Kopfes und Frankreich die des Herzens zuwieseln, schenkte ihm, auch aus diesem Gesichtswinkel gesehen, das Einverständnis zwischen Deutschen und Franzosen das erstrebenswertere der Ziele, denn die Drohnen bedienten sich hüben wie drüben des Nationalhasses, um Volk wider Volk zu hegen und sich so den gerechten Ansprüchen der Arbeitstienen zu entziehen.

Mit solcher Leidenschaft jedoch wie Heinrich Heine ist kein anderer Demokrat und kein anderer Saint-Simonist für die deutsch-französische Verständigung ins Feuer gegangen, ungeachtet der Schmähungen, die reichlich auf ihn niederkamen. In der romantischen Schule und in den Darlegungen zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland mühte er sich, den Franzosen Gottesgnadenhaftigkeit und Weltweisheit der Deutschen nahezubringen, wie er umgekehrt in

wollten, oder wie Heinrich Leo die Franzosen als ein Affenvolk und Paris als die Stadt des Satans schmähten, waren auch im Inneren die unbewachten und bewachten Helfershelfer jeden Stillstands und jeden Rückschritts. Die himmelstürmische der bürgerlichen Klasse Elbogensfreiheit gegen Absolutismus und Feudalismus erkämpften wollen, richteten hoffnungsfreudig den Blick nach der französischen Hauptstadt, und unter ihnen ging der Gedanke eines deutsch-französischen Bündnisses damals als kleine Münze von Sand zu Sand.

Auch Heine dachte, als er die Fahne der deutsch-französischen Verständigung erhob, der deutschen Freiheit eine Gasse zu brechen; denn nur ein demokratisches Deutschland tauchte mit einem demokratischen Frankreich den Bruderkuß, und „wenn wir es dahin bringen“, schrieb er begeistert, „daß die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Fesseln und Krieg verweben; das große Völkerverbündnis, die heilige Allianz der Nationen, kommt zustande, wir brauchen uns wechselseitigem Mißtrauen keine stehenden Heere mehr zu füttern, wir brauchen zum Glück ihre Schwerter und Kasse und wir erlauben Wohlstand und Freiheit.“

Aber Heine war auch im Banne der saint-simonistischen Lehre von der Notwendigkeit einer neuen Organisation der Gesellschaft durchdrungen, in der der Mensch nicht mehr ausgebeutet wird von dem Menschen, und da die Saint-Simonisten zu diesem Ende die Völkerverbrüderung und den Weltfrieden auf ihr Banner schrieben und in ihrer erträumten Welt Deutschland die Rolle des Kopfes und Frankreich die des Herzens zuwieseln, schenkte ihm, auch aus diesem Gesichtswinkel gesehen, das Einverständnis zwischen Deutschen und Franzosen das erstrebenswertere der Ziele, denn die Drohnen bedienten sich hüben wie drüben des Nationalhasses, um Volk wider Volk zu hegen und sich so den gerechten Ansprüchen der Arbeitstienen zu entziehen.

Mit solcher Leidenschaft jedoch wie Heinrich Heine ist kein anderer Demokrat und kein anderer Saint-Simonist für die deutsch-französische Verständigung ins Feuer gegangen, ungeachtet der Schmähungen, die reichlich auf ihn niederkamen. In der romantischen Schule und in den Darlegungen zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland mühte er sich, den Franzosen Gottesgnadenhaftigkeit und Weltweisheit der Deutschen nahezubringen, wie er umgekehrt in

dem Entwurf beigelegte Begründung stellt einen Vergleich zwischen der Lage des Schahes zwischen dem 31. Dezember 1914 und 31. Dezember 1915 an. Der Betrag der Vorschüsse der Bank von Frankreich hat sich dank des Erfolges der Anleihe und der Vereinfachung des Landes, dem Schah einen großen Teil seiner Ersparnisse zuzuführen, nur um 1 175 000 000 Francs erhöht. Der Betrag der in Umlauf befindlichen Bonds der nationalen Verteidigung ist um 5 674 584 000 Francs gewachsen. Dieser Status unseres Schahes zeigt, so heißt es weiter, daß wir von einer Erschöpfung unserer Reserven weit entfernt sind.

Wie die deutschen, so lassen die französischen Tagesberichte das Wachsen der Kampfaktivität erkennen. Der französische Bericht vom Montag am Abend meldet keine Veränderung, der vom Mittwoch sagte, östlich von Sept hätten die Deutschen ungefähr 200 Meter Schützengräben genommen, ein Gegenangriff habe jedoch den Franzosen den größten Teil des Geländes zurückgebracht. Die wichtigste Berichtsstelle lautet: „Trotz der Sonne gestattete uns gestern am Schluß des Tages ein von unseren Truppen gegen die deutschen Werke südlich von Fresse unternommener Angriff, einige Teile der Schützengräben zu besetzen. Ein feindlicher Gegenangriff wurde durch unser Feuer niedergeworfen. Eine deutsche Kompanie wurde umzingelt und zerstört. Ein Hauptmann und sieben Ueberlebende ergaben sich. Die Gesamtzahl der gegenwärtig in unserer Macht befindlichen Gefangenen beträgt etwa 100. Auch mehrere Maschinengewehre blieben in unseren Händen. Nach Aussage der Gefangenen und nach der Zahl der auf dem Schlachtfeld liegenden gebliebenen deutschen Leichname, sind die feindlichen Verluste beträchtlich.“

Am ganzen Lärm der Berichte der Fronten erkennen, daß seit Wiederaufnahme der Angriffe die Deutschen die größeren Erfolge erzielen. Aber immer handelt es sich nur um kleine Verbesserungen der Front.

Verunglimpfung deutscher Soldaten.
Berlin, 15. Febr. (W. B. Nichtamtlich.) Ein Abdruck folgenden französischen Befehls wurde bei den Kurieren südlich der Somme erbeutet. Es kann also nicht daran gezweifelt werden, daß er tatsächlich erlassen wurde.

6. Armee, Generalstab, 2. Bureau.
Armeehauptquartier, 2. Juni 1915.
Allgemeiner Befehl Nr. 153.

Mit Entrüstung hat der Armeeführer erfahren, daß an einem Punkte der Front Unterhaltungen und manchmal sogar Austausch von Schandbrieffen mit Deutschen stattgefunden haben.

Es fragt sich, ob es überhaupt möglich ist, daß ein Franzose so tief sinkt, um einem von diesen Vandalen die Hände zu brühen, die überall Brand und Zerstörung verbreiten, die Frauen, Kinder und Greise mordeten, die verährten Weise unsere Gefangenen töten, indem sie ihnen ins Kreuz schlagen, die unsere Verwundeten zu Tode quälen.

Der Armeeführer befiehlt deshalb: 1. Jeder, der sich in eine Unterhaltung mit Deutschen einläßt, kommt vor ein Kriegsgericht, weil er Verbindungen mit dem Feinde angeknüpft hat.

2. Jeder Unteroffizier und Korporal, der aus Mangel an Achtsamkeit innerhalb seines Befehlsbereiches solche pflichtwidrige Handlung geduldet hat, ist zu degradieren.

3. Jeder Offizier, der aus solcher schamloser Handlung erniedrigt, hat die allerhöchsten Strafen zu gewärtigen.

Unterschrift: General Dubois.

Für die Richtigkeit der Abschrift: Der Chef des Generalstabes: gez. Brequard, III h ehe, C. A., E. M. II o Bureau Nr. 237. —

General Dubois erniedrigt sich mit diesem Befehl zu der Tonart der übelsten Pariser Fechtblätter. Man kann dieser Verunglimpfung der deutschen Soldaten nichts hinzufügen, man kann sie nur veröffentlichen, um den hohen französischen Offizier an den Pranger zu stellen.

Das Mailänder Giegerbombardement.
Nach den letzten Nachrichten haben die österreichisch-ungarischen Luftbomben 12 Personen getötet und 40 verwundet. Hauptächlich wurden die Bahnhöfe beworfen. Italienische Blätter schäumen vor Zorn. „Corriere della Sera“ spricht von Österreichs Vorliebe für die Tötung un-

Schuldiger Kinder und zieht sogar den befehlshemischen Mordmord zum Vergleich heran. Der Mailänder Gemeinderat erhebt ein Protest gegen das Attentat der Barbarei auf die lateinische Zivilisation und kündigt die Verurteilung der Opfer auf Staatskosten an. In demselben Tone äußern sich alle Blätter Mailands und Rom, die einstimmig erklären, die Mailänder Barbarei werde das Volk nun zu neuer Vendetta entflammen, statt es einzuschüchtern. Daß die Erbitterung steigen wird, ist leider allzu wahrscheinlich. Aber das Verbrechen vom Attentat auf die lateinische Zivilisation sollten die Italiener sich abgemessen. Sie haben den Krieg gewollt, nun müssen sie auch seine Schrecken ertragen. Oder soll die „lateinische Zivilisation“ geschützt, jede andere aber den Fliegerangriffen zu Recht preisgegeben sein?

Rumänische Sozialisten und der Krieg.

In ihrem Kampfe für die Neutralität Rumäniens steht der rumänischen Sozialdemokratie bis jetzt ein großer Gegner gegenüber: die russophile Partei, deren Fonds von russischen Geldern gespeist werden, der eine große, den Russen verkaufte Presse zur Verfügung steht und die deshalb die ganze Kriegszeit hindurch ihre Separatist auf das wirksamste entfalten konnte. Diese Partei war und ist daher die größte Gefahr für den Frieden und ihr gilt in erster Linie der Kampf unserer Genossen. Von einer deutschfreundlichen Partei, die der Neutralität gefährlich werden könnte, kann bis jetzt in Rumänien nicht die Rede sein. Die Deutschfreundlichen verlangen die Neutralität, nur einige wenige Politiker verlangen ein Eingreifen Rumäniens in den Krieg auf der Seite der Mittelmächte. So war bis jetzt die Hauptaktion unserer Partei für den Frieden gegen die Russophilen gerichtet. Die Parteileitung stellte sich auf die Seite der Widerheiten. Neuerdings haben jedoch zwei Sozialisten in Kassy, die Genossen Dr. Oberlerter und Bujor (Bujor war schon während der Kriegszeit Chefredakteur der „Lupta“, eine Halbmonatsschrift herausgegeben („Condorbi Sociali“ [Soziale Besprechungen]), die eine Reorientierung sucht. Sie stellen dem bisherigen rücksichtslosen Kampfe der Partei gegen die russophilen Parteien und die deutschfreundlichen Strömungen folgendes Programm entgegen, das sie einhalten müßte:

1. Kampf für die Neutralität bis zum Ausbruch.
2. Wenn dieser Kampf jedoch erfolglos bliebe, dann entschiedener Anschluß Rumäniens an die Zentralmächte zum Zwecke der Schwächung Russlands und seiner Entfernung von unseren Grenzen.
3. Befämpfung der russophilen Propaganda und der Parteien, die sie nähren, mit aller Energie.
4. Unterstützung der Parteien, die sich diesem unserem Standpunkt nähern.

Dieses Programm wird in einem längeren Artikel des Genossen Bujor in der ersten Nummer seiner Zeitschrift begründet. Der Artikel schildert die große Gefahr, die Rußland für die Existenz des unabhängigen rumänischen Staatswesens bildet, und gelangt zu dem Schluß, daß die einzige Rettung vor dieser Gefahr die Schwächung Russlands, die Annexion Bessarabiens und die Begründung der freien Ukraine sei. Wenn Rumänien aus seiner Neutralität schon heraustrete, so dürfe dies nur zugunsten der Mittelmächte geschehen. In diesem Sinne müßte die Partei wirken und den deutschfreundlichen Elementen zu größtem Einfluß im Volke verhelfen. Eine Einigkeit der Parteiverammlung forderte darauf den Ausschluß beider Genossen aus der Partei. Die Parteileitung gibt dazu bekannt, sie nehme Abstand von den ihr gemäß dem Statut zustehenden Rechten gegen die beiden Genossen, indem sie die Freiheit der Parteimitglieder, ihre den Prinzipien und selbst Konkretheitsentscheidungen entgegengelegte Meinung zum Ausdruck zu bringen, respektiere, solange diese Haltung die Grenzen der theoretischen Diskussion nicht überschreite. Das Exekutivkomitee behalte sich aber diese Maßnahmen vor für den Fall, als die Propagierung dieser Ideen einen systematischen Charakter annehmen und zu einer Aktion gegen die Prinzipien der Partei und die Konkretheitsentscheidungen führen sollte.

Die bisherige Opposition wird höchstwahrscheinlich sich mit der theoretischen Erörterung ihres Standpunktes in ihrer Zeitschrift begnügen.

Der Führer der rumänischen Sozialdemokratie Dr. Rakowsky in Bukarest glaubt, in der „Berliner Tagwacht“ unter den Vorbehalten, die die Unkenntnis der diplomatischen Geheimnisse auferlegt, als Kenner der Lage in seinem Lande sagen zu können, daß Rumänien bis zu dem Ende des Kriegs neutral bleiben werde. In der Zeit, als die Russen in den Karpaten standen, seien Rumänen territoriale Forderungen gestellt: das ganze ungarische Gebiet zwischen den Karpaten und der Theiß, der größte Teil der Bukowina, Czernowitz eingeschlossen, und der größte Teil des Banats, insgesamt ein Gebiet von 127 000 Quadratkilometer. Aber Ruß-

land willigte nicht ein, da es einen Teil Nordtranssilvaniens für sich forderte und das Banat Serbien geben wollte. Auch hätte Rußland der militärischen Hilfe Rumäniens damals nur eine nebensächliche Bedeutung beigegeben.

Russische Stimmungen.

Vielsagend und bezeichnend für die Beurteilung russischer Stimmungen ist eine Unterredung, welche der Kiewer Duma-Abgeordnete A. A. Stawenko einem Zeitungsvertreter gewährt hat. Stawenko ist Mitglied der Nationalistenpartei, die sich in der inneren Politik von der äußersten Rechten nur dadurch unterscheidet, daß sie die Vorkommnisse nicht akzeptiert. Stawenko führte aus: „Bei der großen Prüfung ist unser altes Regime mit Arsch durchgefallen, und ich habe endlich die Überzeugung gewonnen, daß es für unser Vaterland keine andere Rettung gibt als eben in den modernen Normen des politischen Lebens, wie sie von der Geschichte in Westeuropa geschaffen wurden. Darunter verstehe ich eine dezentrale Organisation der Staatsverwaltung, bei welcher das Volk und die Öffentlichkeit die Kontrolle über die Tätigkeit der Behörden in ganz realer Weise ausüben. Das ist allein möglich beim System des parlamentarisch-verantwortlichen Ministeriums. Natürlich kann und muß die Verwirklichung erst nach dem Kriege geschehen. Einen lokalen Nationalismus erkenne ich nicht an. Ich bin Anhänger des aufklärten Internationalismus. Alle Völker müssen das Recht der nationalen Selbstbestimmung haben. Das russische Volk muß im Besitze des russischen Reiches den ersten Platz, indem nur als Erstes unter den Völkern einnehmen. Auf der Rechtschaffenheit anderer Völker kann ein Volk nicht sein Recht aufbauen. Ich halte die Forderungen nach Rechtsbeschränkungen für Fremdenherrschaft für eine Schande, nachdem alle Völker Russlands sich in einem patriotischen Schwung zusammengefunden und sich annehmen zur Verteidigung des Vaterlandes erhoben hatten. Die Aufgabe des russischen Volkes liegt nicht in der Einschränkung der Rechte der Fremdenherrschaft, sondern in der Erweiterung der eigenen Rechte. Wird das russische Volk auf der Grundlage des Rechtes und der Freiheit umgebaut, wird das Prinzip der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung bei uns triumphieren, dann braucht das russische Volk die Konkurrenz der Fremdenherrschaft nicht zu fürchten: befreit von seinen Vorurteilen, wird das besorgte russische Volk allseitige Erfolge auf allen Gebieten der Kulturarbeit erzielen.“

Das sind ganz neue Töne und sie sind besonders bemerkenswert im Munde des Abgeordneten Stawenko; aber man wird sie gleichwohl nicht überschätzen dürfen, die alten Vorurteile sind noch keine Toten.

Ueber die Stellung der russischen Sozialdemokratie zum Kriege ist überaus schwer ein Urteil zu fällen. Wir haben mehrfach dargelegt, wie widersprechend und unkontrollierbar die Nachrichten über die Haltung der russischen Arbeiterklasse während des Krieges sind. Jetzt wird wiederum aus Petersburg gemeldet, daß an einem Punkte „Selbstverleugung“, welches das Eintreten der russischen Sozialdemokratie für Rußland im Kriege verteidigt, alle hervorragenden Sozialdemokraten mitgearbeitet hätten, die im Lande selbst tätig seien. Man wird auch diese Meldung unmöglich wörtlich glauben können. Einen Anhaltspunkt für das wirkliche Verhalten der russischen Arbeiter gibt indessen die russische Streikstatistik, vorausgesetzt, daß sie nicht etwas gefälscht ist. Nach dieser Statistik betrug die Zahl der Streiks im Mai 1914 874, im Juni 681, im Juli 951 und sank dann mit Kriegsausbruch im August auf 24. Im September auf 10, im Oktober auf 9, im November auf 16 und im Dezember wiederum auf 9. Noch stärker ist die Zahl der Streiktage und der Streikenden zurückgegangen. Der stärkste Unterschied ist zwischen Juli vor Kriegsausbruch mit 320 000 Streikenden und über 2 000 000 Streiktage und Oktober nach Kriegsausbruch mit rund 1000 Streikenden und rund 1000 Streiktage. Daraus geht jedenfalls das eine hervor, daß der russischen Arbeiterklasse nach Verbannung des Kriegszustandes die Möglichkeit zu politischen Streiks vollkommen genommen war. Wahrscheinlich hatte sie auch nicht den Willen dazu.

Kopenhagen, 15. Febr. (H. V. Nichtamtlich.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Petersburg: Die Finanzkommission hielt gestern eine Sitzung unter der Leitung des Ministerpräsidenten Bonin-Sturmer ab. Die Verhandlung wurde eingeleitet durch eine Erklärung des Direktors der Kreditkassette, daß es gelungen sei, durch Vermittlung japanischer Bankiers eine Anleihe in Japan aufzunehmen. Die Kommission trat darauf Bestimmungen über die Aufnahme einer

inneren Anleihe von zwei Milliarden Rubel, wovon eine Milliarde durch die Reichsbank, die andere durch Privatbanken ausgegeben werden soll und zwar zum Kurse von 95 Prozent bei einem 5 1/2prozentigen Zinssatz. Die Teilnehmer an der früheren Anleihe erhalten 1/2 Prozent Sondervergütung. Endlich wurde ein Antrag betreffend eine Anleihe in Finnland in finnischen Mark angenommen.

Berlin, 15. Febr. (Priv.-Telegr.) Der „Berliner Lok.-Anz.“ meldet aus Stockholm: Anfolge der Ueberfüllung der Straßenbahnen sind zahlreiche Unfälle im Peterburger Verkehrsleben begangen worden. In Wolfsena Kassa war ein russischer Offizier zwei 12jährige Jungen aus einem in voller Fahrt befindlichen Wagen. Einer wurde schwer verletzt, der andere totgefahren. Auf dem Newski Prospekt wurde ein kleines Mädchen mißhandelt, sodaß es verstarb. In keinem Falle griff die Polizei ein.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Genosse Julian Vordardt ist seit Samstag in Berlin in militärische Schutzhaft genommen worden. Ueber die Gründe ist bisher nichts bekannt.

Gegen den Genossen Dr. Ernst Meyer, Redakteur des „Vorwärts“ war im Dezember v. J. ein Verfahren wegen Uebertretung des Preßgesetzes eingeleitet worden. Die Uebertretung wurde in dem Druck der Eingabe an den Parteivorstand vom 1. Juli v. J. (Antwort auf das Friedensmanifest des Parteivorstandes) gesehen. Das Verfahren ist nun am 11. Februar eingestellt worden.

Der Alpenranger Bauer in Raumburg a. d. S. kaufte im September 2000 Zentner Zwiebeln zu je 13 Mark, um sie später zu 19 bis 20 Mark zu verkaufen. Obwohl die Höchstpreisfestsetzung ihm seinen Wucher unmöglich machte, verurteilte ihn das Schöffengericht in Raumburg zu 1000 Mark Geldstrafe und zur Einziehung der Zwiebelströme im Werte von 12–14 000 Mark. Recht so!

Die englische Regierung eröffnete eine Art Retentionsschulung für weibliche Handarbeit. Die Angeworbenen werden durch eine Rembinde Kenntnis gemacht und das Recht erhalten, eine besondere Uniform zu tragen. — Lord French erhält die Leitung über die gesamte Artillerie für die Luftverteidigung und die Verteidigungsangelegenheiten der Wasserflotte, die nach wie vor der Admiralität unterstehen werden.

Die türkische Kammer genehmigte mit 198 von 200 Stimmen eine Verfassungsänderung, die dem Sultan das ungeschwächte Recht zur Kammerauflösung gibt. Bisher war Auflösung nur zulässig im Falle eines Konfliktes zwischen der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt.

Aus der Partei.

Physiologische Rätsel.

In einem Artikel der Sozialistischen Monatshefte: Unser Kurs bleibt der gleiche schreibt Rudolf Wissell:

Der Wunsch nach Frieden ist in der Mehrheit unserer Partei nicht geringer als in der Widerheit. Nur über die Grundlage ist man verschiedener Meinung. Wer zu der Erkenntnis gekommen ist, daß ein Frieden, der die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsmöglichkeit unseres Volkes nicht unterbindet, durch eine Revolution herbeigeführt werden muß, der ist sich bewußt, daß die unüberwindlichen Schwierigkeiten von Kriegszustand her, die sich zur Zeit der natürlichen Feindschaft zeigen können, der für eine Fortsetzung des Krieges ein Hindernis ist. Es kann sein, daß bei manchem einem aus der Widerheit solche grundsätzliche Meinung wirklich besteht. Eigentlich liegt sie ja auch nur aus der Haltung der Widerheit her. Denn hier ist es nicht die geistige Kapazität jener Genossen, die die Unmöglichkeit ihrer Gefinnung anerkennen (wegen, wie ich zur Vermeidung jedes Mißverständnisses besonders betonen will, gar kein Grund vorliegt), wenn man annehmen wollte, daß lediglich die oben erwähnte Kriegsdepression oder eine Rechnungsstrategie gegenüber dieser Stimmung in den Massen ihre Haltung bestimmt? Jammern ist nicht vor physiologischen Rätseln, wenn man weiß, daß auch unter diesen Parteigenossen kein solches Fehlen, die sie uns durch eine Verwirklichung der englischen Absichten drohenden Gefahren erkennen und doch gegen die Kredite gestimmt haben; oder wenn man weiß, daß der eine oder andere trotz der Verweigerung der Kredite nach seinen beschränkten Mitteln die Kriegsanleihe zeichnet, und zwar nur aus der Ueberzeugung heraus, für seine Person das tun zu müssen, was getan werden kann, um der Regierung das Ausbilden zu ermöglichen. Und diese Genossen können sich von der Ansicht nicht freimachen, daß die Regierung und mit ihr im Bund auch die Parteimehrheit das dem Volk schädliche Ziel verfolgt, den Krieg bis zu einer vollständigen Zerschmetterung der Gegner fortzuführen. Es braucht nicht erst betont zu werden, wie ironisch diese Auffassung ist. Ich bin seit davon überzeugt: Reiner der Kreditbewilliger verfolgt dieses Ziel. Wenn sie den Sieg Deutschlands wünschen, so nur in dem Sinn, daß die Absicht unserer Gegner und ihren Willen aufzulösen, zerstört gemacht wird.

Was Wissell da sagt, ist ein verblüffender Beweis von der Unklarheit und Unsicherheit, in der manche Gegner der Kreditbewilligung sich befinden. Kredite verweigern, aber selbst an der Ausbringung der Kredite sich beteiligen: ein Widerspruch, den der Einzelne mit sich ausmachen mag; aber unmöglich kann eine so widersprüchliche Politik Wegweiser sein!

Breslau.

Zur gestern gebrachten Notiz wird noch mitgeteilt: Reichstagsabg. Bauer für Breslau-Ost war in der Mitgliederversammlung antretend; Genosse Bernheim, der Vertreter für Breslau-West, war zum großen Bedauern der Genossen durch Krankheit verhindert. Folgende Resolution kam abschließend zur Abstimmung:

„Die Mitgliederversammlung gedenkt mit Dank der opfermütigen Brüder im Felde, die unser Land und unser Volk mit ihrem Leibe vor dem Schrecken der Verwüstung schützen.“

Sie nimmt den vielfachen Bemühungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes zur Verständigung mit den Genossen der gewerlichen Länder zu, und bittet ihn, diese Bemühungen im Interesse der Herbeiführung des Friedens fortzusetzen.

Solange die Regierungen der feindlichen Länder keine Friedensbereitschaft zeigen, bleibt es die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie, die Mittel zur Abwehr der Gegner zu gewöhnen.

Die Versammlung bedauert deshalb die Abänderung der zwanzig Abgeordneten der Widerheit, und kann sich dem Standpunkt ihres Leiters heute wegen Krankheit ausgebliebenen Abgeordneten Bernheim, der an der Sonderaktion teilnahm, nicht anschließen.

Die Breslauer Genossen fordern von allen Mitgliedern der Partei, daß sie die Einheit und Geschlossenheit unserer Bewegung behüten und damit die höchste Pflicht gegen die Kämpfer im Felde und die Familien unserer gefallenen Kämpfer erfüllen.“

Die beiden ersten und der letzte Absatz wurden einstimmig angenommen, während sich gegen den dritten neun, gegen den vierten zehn von den mehr als 400 Stimmen erhoben, so daß der Standpunkt der Fraktionsmehrheit fast einstimmig aufgegeben wurde.

Auch der durch das Sozialdemokratische Pressebureau verbreitete Bericht betont: Die lange Aussprache wurde von den Rednern beider Richtungen sachlich und im kameradschaftlichen Sinne geführt.

Bücher und Schriften.

Arbeiter-Jugend. Die beiden erschienenen Nr. 4 des achten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Die Trichtertafel der Geschichte. Von H. Sachs. — Das gewerbliche Lehrverhältnis in der Kriegszeit. Von Dr. Meier. — Jugend. Von Sepp Carter. — Dürre. Von Adolf Bruno. — Die Entstehung des Rassenbegriffs. Von Dr. Sommer. — Die Uniform des Todes. Von Cesar Möhrle. — Ueber Zahlenwunder und Rechenkünste. Von Moja Reine. — Der Posten. Skizze aus dem Schützengraben. Von Roland. — Requiem. Gedicht von Friedrich Schöbel.

„Aus meinem Abenteuerleben.“ Von V. A. Eichler. Wien 1915. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung J. Brand & Co., Wien 6, Gumpendorferstraße 18. Das Buch enthält schmerzliche Geschichten aus fernem Ländern von einem Abenteuerer großen und größten Stils, der, beim Hirschenjagden in einer unglücklichen Schlacht, innerhalb von zwei Jahren, seinen Lebenslauf durchläuft. Von seinen Erlebnissen im Vorkrieg, auf einem Dampfer, auf dem er als Kohlenhändler mit sich nach Westaustralien fährt, seinen Leiden und Freuden als Nischenjäger, Känguruhjäger und endlich als — Arzt in Australien, als Verleumdeter, als Häftling, als Goldsucher in Amerika usw., geben oben erwähnte Erzählungen, unter dem Titel „Aus meinem Abenteuerleben“ erschienen, Kunde. Als „ganz ungeschminkt, zuweilen etwas unästhetisch und in einer Art verdrossener Verheißung dargestellt“, bezeichnet ein Freund Eichlers, nachdem er des lehrreichen Lektüre gelesen, seine Art und Weise, zu schreiben. „Aber es war — Gerechtigkeit. Taten sah ich hier, Ereignisse, Willensleistungen. Hier sollte sich ein Schwimmer mit ungeheurer Energie in den Strom des Lebens gestürzt, wor hin und wieder bedrohlich gesunken, doch stets auch wieder emporgetrieben.“ Kurzum, wenn auch nicht in jedem Satz formvollständig, so bergen doch Eichlers Skizzen eine Fülle von interessanten Tatsachlichkeiten aus fremden Ländern. Mit gutem Humor vorgebracht, sind sie dazu geeignet, unsere Soldaten im Felde zu erheitern. Uebrigens sind sie sehr preiswert zu haben: das Bändchen kostet, als billige Preisgabe, 1.20 Kronen, nach deutschem Gelde also etwa 1 Mark.

der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ durch die Berichte über das politische, gesellschaftliche und künstlerische Leben Frankreichs die Deutschen mit dem wahren Wesen der Franzosen vertraut zu machen strebt, dieses wie jenes, um Volk an Volk anzunähern. Und gerade in der Zeitperiode nach 1840, dem Geburtsjahr des deutschen Nationalismus, als sich an der orientalischen Frage der deutsch-französische Gegensatz entzündet hatte und hier wie dort die Kriegsbegeisterung drohend auf ihren Schild schlugen, ward er nicht müde, zu warnen vor dem furchtbaren Tag, da sich Deutsche und Franzosen „die Hüfte brühen zum Westen von England und Rußland und zur Schadenfreude aller Völker und Völkchen des Erdballs“. Noch in dem letzten Abschnitt seines Lebens galt sein ungeschwächter Haß den „sogenannten Nationalitäts-Repräsentanten in Deutschland, jenen falschen Patrioten, deren Vaterlandsliebe nur in einer einseitigen Abneigung gegen die Fremde und die Nachbarkräfte besteht“ und die „Tag für Tag ihre Walle namentlich über Frankreich anschütten“, und noch der Sterbende, dessen Hand das Schwert entließ, fand Trost in der Ueberzeugung, daß der Kommunismus die Nachkommen der Teutonen von 1816 mit einem Fußtritt wie elendes Gestrüpp zertritten werde. — Mit Zug dürfte er in sein Testament schreiben, daß er sich um seine Landsleute wie um die Franzosen wohlverdient gemacht habe!

Heute liegen sich Deutsche und Franzosen in einem Kampf auf Leben und Tod gegenüber, und in den zerfallenden Wäldern der Schrapnells, mit denen sie sich überschütten, scheint sich seines schöner Traum für immer aufzulösen. Aber so sicher der Fluch eines Tages wieder das Schwert ablegen wird, so sicher tragen die Beiden beider Völker auch im Gebeul der Granaten den Glauben an das hohe Ziel im Herzen, das jener Dolmetsch einer besseren und reineren Menschlichkeit allzeit so überzeugend verkündete.

Gerhard Wendel.

Sozialdemokratischer Verein Rodenheim.

Samstag, 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Adler“, Leipziger Straße 53:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung von der letzten Kriegssitzung des Reichstags.
Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse G. H. Sch.
2. Aussprache.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Geburtstagspende!

Wäge, wenn der Friede kommt, das Geburtstagsblatt
gewissermaßen als ein

Frankfurter Kriegswahrzeichen

in allen Haushaltungen Zeugnis dafür legen,
wie im Kriege Frankfurts gesamte Bevölkerung
einig und geschlossen mitgeholfen hat:

Durchzuhalten!

Theaterplatz 14

Geburtstagsbureau (2).

Interessengemeinschaft

Pfälzische Bank
Ludwigshafen a. Rh.
Gegründet 1883

Aktienkapital Mk. 50.000.000.
Reserven Mk. 10.000.000.

Rheinische Creditbank
Mannheim
Gegründet 1870

Aktienkapital Mk. 95.000.000.
Reserven Mk. 18.500.000.

Gesamtkapital und Reserven Mk. 173.500.000.

Pfälzische Bank, Filiale Frankfurt a. M.

Hauptgeschäft Junghofstrasse 10-12.

Depositenkassen u. Wechselstuben

Zeil 123 „Zeilpalast“, Telefon Hansa 5084 und 338 (Stahlkammer)
Kaiserstrasse 77, Telefon Hansa 5820
Trierischegasse 9, Telefon Hansa 170

Sachsenhausen:

Wallstrasse 10, Telefon Hansa 1878.

Besorgung aller bankmässigen Geschäfte.

Umwechslung von Coupons und Sorten.

Verwaltung von Wertpapieren als offene Depots.

Aufbewahrung geschlossener Depots, die vom Hinterleger
versiegelt werden.

Vermietung von Schrankflächen (Sales) in den für diesen
Zweck besonders eingerichteten Stahlkammern.

Entgegennahme von Bareinlagen, täglich abhebbar, oder auf
Kündigungsfrist gegen Verzinsung.

Übernahme von Vermögensverwaltungen für Personen, die
infolge des Krieges an der eigenen Wahrnehmung ihrer
Interessen verhindert sind.

Die Bank beobachtet über alle Vermögens-Angelegenheiten
ihrer Kunden unbedingtes Stillschweigen gegen jedermann
und gegen jede Behörde.

Kein Bier-Aufschlag!

Stollbier

zum alten Preis

per Flasche 12 Pfg. ohne Glas.

W. Stoll vorm. H. Kölsch Nachfl.
am Hauptgüterbahnhof.

Erhältlich in allen Filialen des Konsum-Vereins, von Latscha und von
Schade & Fullgrabe und in allen einschlägigen Geschäften.

Frankfurter Sparkasse.

(Polytechnische Gesellschaft)

49 Neue Mainzer Strasse 49.

Der grosse Erfolg unserer letztjährigen Goldsammlungen für die Reichsbank veranlasst
uns, auch in diesem Jahr wieder eine

Goldwoche

zu veranstalten. Jedermann, welcher während der Woche vom 14. bis 19. Februar d. Js.

einahlt oder gegen Scheine umwechselt, erhält ein Prozent Vergütung auf den eingezahlten oder gewechselten Betrag.

Frankfurt a. M., 13. Februar 1916.

3447

DER VORSTAND.

Moderne neue und
von Herrschaften
wenig benutzte
Wolter
Paletots
Anzüge
aller Art, damit man
leicht enorm billig im
Kaufhaus für
Anzüge und Paletots
Längengasse 33.
L. Stock

**Herrn- und
Damen-Stoffe**
Reife Importation.
J. Langenhach, Nachfolger
Frankfurt a. M., Reimstrasse 21.

**6
Gespielte
Pianos**
von tadelloser Beschaffenheit
stellen wir besonders
vorteilhaft
zum Verkauf.
Pianohaus
Gichtenstein, Zeil 104.

Neu aufgenommen:
Putzartikel
Geolin-Sidol, Amor,
Globus Putzextrakt,
Globin Schuhputz.
Seifenpulver
Persil - Schneekönig
sowie
Bürsten und Besen
zu wirklich billigen Preisen.
Farbenhaus Jenisch
14 Gr. Hirschgraben 14.

**Nachweisung
von
Lehrstellen**
in sämtlichen Buchdruckereien für
Schriftsetzer
und
Buchdrucker
durch den
Deutschen Buchdruckerverein
Neue Mainzer Strasse 31.

Spezialausschank der Brauerei Henninger

Am Opernplatz - früher Wirtschaft Schnell.

Bekannt gute Küche.

Ia Biere direkt vom Fass.

Jeden Donnerstag: Metzelsuppe.

Der Verkauf der Seefische
findet unter städtischer
Preiskontrolle statt.

Heute eintreffend:

Holl. Nordsee-

Bratschellische 52 Pfund

Mittel-Cabliau 56 Pfund

* Cabliau ohne Kopf, im ganzen 64 Pfund

Schwanzstück 62 Pfund | Kopfstück 66 Pfund

* Nicht in allen Verkaufsstellen erhältlich. 3475

Rollmops 20 Stück

Bismarckheringe 20 Stück

Hering in Gelee 90 Pfund

Oelsardinen 45, 60 u. 75 Dose

Delikatessheringe

in Tomatensauce 85

Ia Zwiebeln 18 Pfund

Ia Kartoffeln 10 Pfund 43

Saftige Zitronen 2 Stück 13

Latscha

Dreher, Schlosser

Werkzeugmacher, Mechaniker

für dauernde Beschäftigung bei guten Löhnen gesucht. Bei Bewerbungen
bitten wir Alter und Militärverhältnis anzugeben.

Motorenfabrik Oberursel N. G. Oberursel a. M.

3211

Deutscher Metallarbeiterverband

Filiale Frankfurt am Main

TODES-ANZEIGE.

Unsere Mitglieder zur Nachricht, dass unser Kollege

Johann Friedrich Roth

Bohrer

im Alter von 33 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken.

Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 17. Februar, mittags
12 Uhr, vom Hauptfriedhof aus statt.

3485